

ter der anderen Richtung wie Martin Broszat oder Hans Mommsen davon aus, daß es keine monokausale weltanschauliche Verbindung und keinen eindeutig belegten Vernichtungsbefehl Hitlers gegeben, sondern vielmehr die nationalsozialistische Judenpolitik eine kumulative Radikalisierung erfahren habe.

Zuletzt behandelte Meier verschiedene jüdische Deutungsmuster für den Holocaust. Er hob dabei hervor, daß von jüdischer Seite der Holocaust auch als "Zuchtrute für die Sünden des Zionismus" angesehen und damit die christliche Schuld relativiert werde. Insgesamt habe das Trauma von Auschwitz so auch keine spezifische Auschwitz-Theologie hervorgebracht.

Gertraud Grünzinger-Siebert

Kirche jenseits des Eisernen Vorhangs

Vom 13. bis 15. November 1988 veranstaltete die Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung in ihrer Tagungsstätte Wildbad Kreuth eine Tagung zum Thema "Kirche jenseits des Eisernen Vorhangs". Dabei sollte in ausgewählten Bereichen deutlich gemacht werden, daß die christlichen Kirchen aller Konfessionen im kommunistischen Machtbereich nach wie vor mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, die allein durch die Verkündung des "Neuen Denkens" durch Generalsekretär Gorbatschow noch keinesfalls behoben sind. Den Worten müssen erst entscheidende Taten folgen, und zwar gerade auf dem Feld der im Gefüge der Menschenrechte zentralen Religionsfreiheit.

Dies wurde besonders deutlich in dem Referat von Dr. Gerd Stricker (Institut "Glaube in der Zweiten Welt", Zollikon-CH), das einen Rückblick auf die Ereignisse in der Sowjetunion anläßlich der Millenniumsfeiern zur Taufe der Kiewer Rus versuchte. Abgesehen von der üblichen Ge-

schichtsklitterung der Russen, die den Akt der Taufe des Großfürsten Wladimir im Jahre 988 zu einem Ereignis der "russischen" Geschichte stilisiert, obwohl damals ein russisches Volk noch nicht existiert hat, berichtete Dr. Stricker über die "atmosphärischen" Änderungen im Verhältnis zwischen (hauptsächlich orthodoxer) Kirche und Sowjetstaat. Er fügte hinzu, daß zwar atmosphärische Verbesserungen sicherlich noch nicht ausreichten, um die Folgen 70jähriger Verfolgung der Kirche in der Sowjetunion zu beseitigen, daß aber auch substantielles Entgegenkommen des Staates feststellbar sei. Dabei handele es sich jedoch lediglich um Gnadenakte, aber keine Grundsatzentscheidungen. Ob eine epochale Wende in der sowjetischen Religionspolitik zu verzeichnen sei, würden erst die nächsten Jahre lehren können. Dies gelte auch für die spektakuläre Erhebung des lutherischen Rigaer Pfarrers Kalniņš vom Superintendenten zum Bischof.

In Ergänzung zu letzterem Punkt führte Prof. Wilhelm Kahle in seinem umfangreichen, historisch breit fundierten Referat "Zur Situation der Protestanten in der Sowjetunion" folgendes aus: man müsse in der Sowjetunion das religiöse Bekenntnis zusammen mit der Nationalität betrachten. Besonders mißtrauisch sei die Obrigkeit gegenüber den Konfessionen, die in ihrer Verbreitung mehr oder weniger mit einer Nation verbunden seien. Bildung des "homo sovieticus" und Russifizierung gingen gerne Hand in Hand, eine Religion, die ihre Rolle als Identifikationsträger für eine Nation (z.B. der katholische Glaube für Litauer) wirksam spiele, werde daher besonders argwöhnisch betrachtet. Dies gelte auch für die Lutheraner, die mit den Deutschen und also mit dem traumatischen Gegner des Zweiten Weltkriegs gleichgesetzt würden. Daher sei die Einführung des Superintendenten Kalniņš als Bischof am 13. November 1988 zwar als erster Schritt zur Konstituierung der sowjetischen Lutheraner als Kirche zu erblicken, aber nicht nur mit Hoffnung, sondern auch mit Skepsis zu betrachten. Mittlerweile habe der Staat anerkannt, daß lutherische Theologie ein loyales oder zumindest nicht schroff-ablehnendes Verhältnis zur Obrigkeit nahelege. Das gelte auch, jedenfalls summarisch, für andere

Protestanten, nämlich den Evangeliumschrinden/Baptisten des Allunionsrats, für Mennoniten und Adventisten, nicht aber für sogenannte "fanatische Sekten", die trotz ihrer geringen Mitgliederzahl wegen des kompromißlosen Strebens nach religiöser Freiheit vom Staat für unverhältnismäßig gefährlich gehalten werden. Prof. Kahle nannte als Beispiele, die dem amtlichen Ausdruck "fanatische Sekten" entsprechen, die Evangeliumschrinden/Baptisten des Rats der Kirchen, die die Verbindung mit dem legitimierten Bund der Evangeliumschrinden/Baptisten aufgegeben haben und seit 1961 "beunruhigend in die Gemeinden des legalen Bundes hineinwirken."

Prof. Kahle setzte den Gedanken der "ecclesia semper reformanda" in Zusammenhang mit der russischen Geistesgeschichte und deutete dabei eine Verbindung zwischen dem 19. Jahrhundert, als Staat und Gesellschaft des Zarenreiches immer mehr als reformwürdig erschienen, dem Umbruch von 1917, der zunächst von den Protestanten des Landes als "notwendige russische Reformation" begrüßt wurde, und dem aktuellen Schlagwort der "Perestroika" an. Werde "Perestroika" tatsächlich mit Leben erfüllt, dann werde "sie sich des stillen, oft unbequemen und doch hilfreichen Beitrags der evangelischen Kirchen und Bünde nicht entschlagen dürfen." Das Selbstverständnis des Protestantismus in der Sowjetunion wurzele weit mehr in Geschichte und Tradition, als dies bei westlichen Kirchen zu beobachten sei. Dies gelte im übrigen auch für die anderen konfessionellen Gemeinschaften des Riesenreiches, wobei die Mohammedaner mit einzubeziehen seien. Die "Wolgadeutschen" seien im 18. Jahrhundert auch aus Protest gegen ihre Zustände in der Heimat ausgewandert, und der Zug der Schwaben nach Rußland eine und zwei Generationen später sei mitbestimmt gewesen vom Widerspruch gegen das rationalistische Kirchenregiment zu Hause. Die dann in Rußland entwickelten Formen gemeindlichen Lebens hätten sich nach Wegfall des Druckes der heimischen Obrigkeit zu besonderer Blüte entfaltet. Unter den Lutheranern habe das allgemeine Priestertum der Gläubigen reale Bedeutung gewonnen. Das christliche Eschaton werde in einer derart dichten geistlichen Atmosphäre zur vitalen Verneinung der kommunistischen Utopie, die jeden Tag erneut

zerbreche, wobei - wohlgemerkt - eine besondere Betonung der Eschatologie nicht nur bei spezifisch eschatologisch ausgerichteten Bänden wie den Adventisten, sondern bei allen Protestanten typisch sei, auch bei den Lutheranern.

Prof. Kahle schloß mit den gewissermaßen programmatischen Worten: "Für die deutschen und finnischen Gemeinden in der Sowjetunion geht es darum, daß ihre Sprache nicht zu einer von den Nachgeborenen nicht mehr verstandenen Sakralsprache wird, zugleich aber auch, daß ihrer Kraft der Beharrung eine Kraft zur Öffnung entspricht, die die vielen außerhalb der Gemeinden Stehenden wieder in sie hineinruft... Vor allen (i.e. protestantischen Gruppierungen) steht die gleiche große Aufgabe, die Ausbildung ihrer Prediger und Gemeindeleiter so durchzuführen, daß diese in den Stand gesetzt werden, auf Fragen zu antworten, die ihnen von außerhalb kommenden Ratsuchenden, nicht mehr von inquisitorisch Verhörenden gestellt werden."

Neben der Situation in der Sowjetunion wurde auch das kirchliche Leben in der Tschechoslowakei (Prof. Johannes Hampel, Universität Augsburg) - dort die katholische Kirche betreffend - und in der DDR (evangelische Kirche, Referent: Dr. Reinhard Rusam, Direktor der Evangelisch-Lutherischen Landeskirchenstelle, Ansbach) behandelt. Prof. Hampel, der während des Staatsbesuches von Bundeskanzler Kohl in Prag (Januar 1988) u.a. für Kardinal Tomášek gedolmetscht hat und auch aus sonstigen Reisen und Kontakten über die aktuelle kirchenpolitische Situation in der CSSR authentische Informationen besitzt, stellte neben der herrschenden Repression geradezu stalinistischen Ausmaßes besonders die religiöse Aufbruchsstimmung dar, die die Gläubigen des Landes der Staatsgewalt zum Trotz ergriffen habe. Leutschau (Levoča) in der Slowakei, Velehrad in Mähren und Přebram in Böhmen übten als Marien-Wallfahrtsorte eine Anziehungskraft aus, die noch vor 5 Jahren unvorstellbar gewesen sei. Mit persönlicher Unterschrift und Adressenangabe hätten sich ca. 750.000 Bürger an den Staat gewandt, um in einer Petition von 31 Punkten Freiheit der Kirche und der Glaubenspflege zu fordern. Insgesamt sei trotz der Versicherungen

des damaligen Ministerpräsidenten Strougal gegenüber Bundeskanzler Kohl und trotz der Ernennung und Weihung von zwei Weihbischöfen für die Erzdiözese Prag und der Einsetzung eines apostolischen Administrators für die Diözese Tyrnau keine Besserung der kirchlichen Situation zu verzeichnen. Das Regime sei von der religiösen "Graswurzelbewegung" rund um die genannten Wallfahrtsorte viel zu verunsichert, um der Kirche unbefangen gegenüberzutreten zu können.

Dr. Rusam erläuterte in seinen Ausführungen zunächst die 1971 in Eisenach formulierte Konzeption der "Kirche im Sozialismus", die zwischen den gleich gefährlichen Gegenpolen von Anpassung und Verweigerung einen Weg zu finden suche. Im September 1988 hätten die evangelischen Kirchenleitungen auf der Synode von Dessau bekräftigt, daß es zur bisher offiziellen Definition des Verhältnisses von Kirche und Staat (Gespräch Honecker-Schönherr 1978 plus Beschlüsse des 10. Parteitages der SED vom April 1981) keine verantwortbare Alternative gebe. Dies gelte - so Dr. Rusam - auch dann, wenn die Kirche die menschenrechtlichen Anliegen sehr vieler Bewohner der DDR gutheiße ohne Rücksicht darauf, ob die Gruppen, die diese Anliegen in offener Konfrontation mit der Staatsmacht vertreten, die Kirche nur als "Resonanzboden" gebrauchten oder in der Kirche wirklich engagiert seien. Ein Pfarrer, der einen Aussiedlungsantrag stelle, bekomme schnell eine Bewilligung - wohl, weil die SED-Macht wisse, daß er in der Bundesrepublik erst nach Freigabe durch die Kirche in der DDR übernommen werde. "Ist das eine besondere Form der Christenverfolgung?" fragte Dr. Rusam. Die künftige Entwicklung im Lande hänge von der Dialogfähigkeit und Dialogbereitschaft ab, wobei kein Lebensbereich willkürlich ausgeklammert werden dürfe. Angesichts der aus der Sowjetunion zu hörenden Feststellung von kommunistischer Seite, daß Religion im Sozialismus "zu den normalen Erscheinungen gehöre", müsse sich nun in der DDR zeigen, ob "Kirche im Sozialismus" ein Zurückdrängen hinter die Kirchenmauern bedeute oder auch offenes Gespräch mit einbeziehe. Man dürfe aber von der evangelischen Kirche zwischen Rügen und Meinungen keine Anti-Haltung etwa in dem

Sinne erwarten, daß sie sich als Vorposten der westlichen Gesellschaft zu betrachten habe. Auch die DDR-Führung ist, ebenso wie die der CSSR, durch Gorbatschows Politik zu tiefst verunsichert und hat daher nicht die Kraft zum fairen Kompromiß mit den Kirchen.

Fest steht angesichts der Situation im Ostblock, die so labil wie noch nie ist und besonders heute keine fundierten längerfristigen Prognosen erlaubt, nur, was bereits seit der Konstituierung kommunistischer Herrschaft feststeht: daß nämlich das Verhältnis der Machthaber zum religiösen Leben in seinen geistigen und institutionellen Ausformungen ein entscheidender Gradmesser dafür ist, wie es um die dortige Kultur der Menschenrechte steht und mit welchem Ausmaß von Vertrauen man im Westen den Staaten des Ostblocks gegenüber treten darf. Denn selbst die Sowjets weisen offiziell darauf hin, daß humane Verhältnisse im Innern eine wesentliche Voraussetzung für Vertrauensbildung nach außen sind.

Bernd Rill

Wider das Vergessen. Schicksale evangelischer judenchristlicher Pfarrer während der NS-Zeit 1933-45.

Unter diesem Thema steht die neue Sonderausstellung des Evangelischen Pfarrhausarchivs, die bis zum Frühjahr 1989 im Obergeschoß des Eisenacher Lutherhauses zu sehen ist. Ein betroffener Pfarrer - Prof. Dr. Dr. Hans Ehrenberg - hatte nach dem 2. Weltkrieg geschrieben: "Die Jahre aber des Dritten Reiches wird man aus einer gewissen Ermüdung heraus - und nicht nur in Deutschland - mit Erfolg vergessen wollen."

Das Schicksal der evangelischen Pfarrer jüdischer Abstammung in den Jahren 1933-45 ist heute weithin unbekannt. Es